

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Bern setzt sich die "2000-Watt-Gesellschaft" zum (mittelfristigen) Ziel; Fristverlängerung.**

Am 1. Juli 2010 hat der Stadtrat folgende Motion erheblich erklärt. Mit SRB 2013-070 vom 14. Februar 2013 stimmte der Stadtrat einer Fristverlängerung zu. Mit SRB 2016-157 vom 10. März 2016 wurde eine weitere notwendige Fristverlängerung gewährt.

Die Senkung des Energieverbrauchs pro Kopf ist ein breit abgestütztes Ziel. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort zum Postulat „Auf dem Weg zur 2000 -Watt-Gesellschaft“¹ vom 16. September 2009 schreibt, ist die Realisierung der 4000-Watt-Gesellschaft für Bern bis zum Jahr 2035 realistisch, wofür rund ein Drittel des heutigen Energieverbrauchs eingespart werden müsste. Auch die Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft ist aufgrund verschiedener Studien technologisch machbar, sofern die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen umgesetzt werden. Für den Gemeinderat handelt es sich dabei um eine „mittelfristige Vision“ mit einem Zeitraum von 50 bis 100 Jahren. Der Gemeinderat erachtet die 2000-Watt-Gesellschaft nur für realisierbar, wenn eine internationale, nationale und interkommunale Zusammenarbeit erfolgt. In die gleiche Richtung gehen auch andere Städte wie Zürich, Basel, Genf und auch diverse Kantone wie z.B. Bern oder Freiburg.

Die Stadt Bern hat im Bereich Energie bereits einige Innovationen und auch eine Vorreiterrolle aufzuweisen (erste grosse Energiestadt der Deutschschweiz, Atomausstieg als erklärtes Ziel auf das Jahr 2039, Realisierung eines Energierichtplans, Aktion 100 Solardächer, Klimaplattform mit der Wirtschaft, Gebäudesanierungsprogramm etc.). Aufgrund all dieser Aktivitäten hat die Stadt Bern das Potential sich weiterhin als Pionierstadt im Bereich Klima und Energieeffizienz zu positionieren. Aus diesem Grund (und in Anerkennung der bereits geleisteten oder eingeleiteten Massnahmen und Projekten) erscheint es sinnvoll, dass sich die Stadt für die mittel- und langfristige Zukunft ambitionierte Ziele setzt. Dafür soll die Verringerung des Energieverbrauchs in der Gemeindeordnung als Zielvorhabe verankert und die dafür notwendigen Mittel für die Realisierung geschaffen werden. Dabei sind insbesondere auch der Nutzen und die Potentiale für die Stärkung der Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Region Bern einzubeziehen. Die Wichtigkeit das Ziel einer 2000 -Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung zu verankern, zeigt auch die Studie des Büros INFRAS auf, welche in einer Potentialanalyse für die Region Bern rund 300 neue Arbeitsplätze im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz für realistisch hält.²

1. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche eine Änderung der Gemeindeordnung in dem Sinne vorsieht, damit die Verringerung des Energieverbrauchs im Sinne der „2000- Watt-Gesellschaft“ als Ziel in der GO verankert wird.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die konkrete Umsetzbarkeit dieses Ziels und die notwendigen politischen Entscheide dafür aufzeigt.

¹ Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Klimafreundliche Stadt Bern (1) auf dem Weg zur 2000-Watt Gesellschaft; <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2009/2009-10-07.7878180428/file>

² Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB) vom 6.9.2007: Klimafreundliche Stadt Bern (3): Energieeffizienz schafft Beschäftigung und Arbeitsplätze: Potentialanalyse für Bern (07.000312) <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2009/2009-10-07.6939989221/file>

Für notwendige Entscheide im Kompetenzbereich von Stadtrat und Stimmbevölkerung sind die notwendigen Beschlüsse zu unterbreiten.

3. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Kreditvorlage für die Schaffung der notwendigen personellen Ressourcen für die mittelfristige Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft vorzulegen. Neben der fachlichen Ebene soll auch die Kommunikation und Sensibilisierung für die Idee in der breiten Bevölkerung berücksichtigt werden.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt für die Konzeption und Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft eine enge Zusammenarbeit mit anderen Städten (z.B. über den Schweizerischen Städteverband), wenn nötig auch international und mit interessierten Gemeinden von Region oder Kanton Bern zu suchen und dabei Synergien zu nutzen.

Bern, 15. Oktober 2009

Motion Fraktion GB/JA! (Nathalie Imboden/Urs Frieden, GB), Aline Trede, Hasim Sancar, Cristina Anliker-Mansour, Christine Michel, Emine Sariaslan, Rahel Ruch, Lea Bill, Stéphanie Penher

Bericht des Gemeinderats

Gemeinderat und Stadtverwaltung haben die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft bereits seit Jahren in die Tätigkeiten und Planungen einfließen lassen. Und das mit Erfolg und mit grosser Überzeugung. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass Energiekonzepte wie der Richtplan Energie und die Energie- und Klimastrategie 2025 als übergeordnetes Ziel einen möglichst grossen Beitrag an die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ausweisen. Die Ziele fließen auch bei Planungsgeschäften ein wie beispielsweise Viererfeld/Mittelfeld, Weyermannshaus, Gaswerkareal, etc. oder bei der Erarbeitung strategischer Papiere (STEK 16, Richtplan Energie, Energie- und Klimastrategie), bei der Sanierung stadteigener Liegenschaften und bei Beratungen für energetische Gebäudesanierungen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Das Amt für Umweltschutz (AfU) hat sich seit 2014 aufgrund dieser Motion ausserdem darum bemüht, das Label "Gemeinde auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft" zu erhalten, damit die notwendigen Grundlagen für weitere Festschreibungen geklärt werden können. Als erster Schritt wurde dafür bei der Fachstelle 2000-Watt-Gesellschaft beantragt, dass für Bern eine entsprechende Energiebilanz inklusive Absenkpfad gerechnet wird. Das Ergebnis zeigt, dass Bern heute bei einem jährlichen Energieverbrauch pro Person von rund 5000 Watt liegt. Mit dieser Erkenntnis wollte Bern bei der betreffenden Fachstelle, welche von Energie Schweiz und dem Bundesamt für Energie gestellt wird, den Antrag stellen "Gemeinde auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft" zu werden. Zum damaligen Zeitpunkt waren Basel, Zürich, Buchs und Lumino die vier Gemeinden, welche dieses Label trugen. Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, die Labelkommission würde die bisherigen Erfahrungen evaluieren und die Anforderungen an das Label aufgrund der gesammelten Erkenntnisse anpassen. Mit einer Neuauflage des Labels könne frühestens 2016 gerechnet werden. An einer Sitzung des AfU mit der Fachstelle 2000-Watt im Januar 2016 wurde das Label in Aussicht gestellt, ein konkreter Zeitpunkt konnte jedoch nicht kommuniziert werden. Im März 2016 wurde dann überraschenderweise kommuniziert, dass politisch entschieden worden sei, dass es kein Label mehr geben werde, sondern nur ein unverbindliches Anerkennungsschreiben des Bundesamts für Energie.

Im Dezember 2016 wurde im Rahmen einer Präsentation anlässlich einer Erfahrungsaustausch-Energie-Tagung (ERFA-Tagung) kommuniziert, dass die Arbeiten für die Definition eines Labels

"Energiestadt auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft" erneut aufgenommen worden seien. Die Stadt Bern hat sich deshalb anfangs 2017 bei weiteren Gesprächen, unter anderem auch mit Vertretern des Bundesamts für Energie, zur Verfügung gestellt, bei Bedarf und nach Möglichkeit als Testgemeinde für die Wiedereinführung des Labels "Energiestadt auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft" teilzunehmen. Bisher besteht aber weder ein verbindlicher Fahrplan noch wurden inhaltliche Schwerpunkte der künftigen Ausrichtung kommuniziert. Auch wurde die Stadt Bern noch nicht wieder über den Stand der Arbeiten informiert. Erste Resultate seien frühestens im Sommer 2017 zu erwarten.

Die Motion fordert unter anderem, dass die Gemeinde Bern die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung festschreibt. Es scheint grundsätzlich ein Leichtes, Artikel 8 der Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) folgendermassen zu ergänzen:

¹ Die Stadt trägt Sorge zu den natürlichen Lebensgrundlagen und hält die Belastung der Umwelt durch staatliche und private Tätigkeiten so gering wie möglich. Bei Gleichwertigkeit der Interessen hat die Erfüllung dieser Aufgabe Vorrang vor andern städtischen Aufgaben. (bestehend)

² Sie fördert den sparsamen Umgang mit Energie und Wasser sowie Bestrebungen zur Verminderung der Abfallmenge. (bestehend)

³ Sie unterstützt die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung und strebt an, umweltbelastende oder umweltgefährdende Energieträger, wie die Atomenergie, durch einheimische und regenerierbare Energie zu ersetzen. (bestehend)

⁴ **Sie unterstützt die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft, soweit deren Umsetzung in der Kompetenz und den Möglichkeiten der Gemeinde liegt. (neu)**

Leider fehlen aber aus Sicht des Gemeinderats die wichtigen Erfahrungen zu den verschiedenen Systemgrenzen und der konkreten Umsetzbarkeit des Absenkpfeils auf Gemeindeebene. Damit ist es aktuell nicht möglich, beispielsweise einen konkreten Umsetzungsplan auszuarbeiten oder eine Kostenabschätzung mit einer Laufzeit von 50 bis 100 Jahren zu erstellen. Hierfür fehlen schlicht die Erkenntnisse aus der Evaluation der ersten Phase der Labelvergabe sowie die daraus resultierenden Vorgehensvorschläge der Fachstelle 2000-Watt. Es gilt ausserdem zu bedenken, dass die Schaffung verschiedener, notwendiger Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Umsetzung der Ziele nicht in Gemeindekompetenz liegen, wie beispielsweise Regulierungsmassnahmen im Treibstoffbereich oder notwendige Anpassungen im Konsumbereich. Es ist unwahrscheinlich, dass in diesen Themenbereichen die Ziele nur mit Kampagnen, die auf Informationstransfer und Verhaltensänderungen abzielen, erreicht werden können. Bevor auf nationaler Ebene nicht entsprechende Regulierungen vorliegen besteht zudem die Gefahr, dass Gemeinden in eigener Regie versuchen müssen, Lösungen zu finden. Dabei gehen sie das erhebliche Risiko ein, dass Lösungswege angegangen werden, welche mit einer späteren, nationalen Gesetzgebung nicht kompatibel sind - und damit teuer zu stehen kommen. Es sei beispielsweise an die Umsetzung zigarettenrauchfreier Lokale erinnert, für welche die Kantone eigenständige Lösungen vorangetrieben haben. Die später erarbeitete, nationale Gesetzgebung hat für viele Kantone kostspielige Anpassungen nach sich gezogen.

Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, dass die Forderungen der Motion qualitativ hochstehend erfüllt werden. Da dies zum aktuellen Zeitpunkt aufgrund der oben erwähnten fehlenden Grundlagen nicht gewährleistet ist und ausserdem die übergeordneten nationalen und kantonalen Gesetzgebungen die notwendigen Rahmenbedingungen noch nicht liefern, beantragt der Gemeinderat die Gewährung einer weiteren Fristverlängerung von drei Jahren. Der Gemeinderat wird auch weiterhin die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft bei seinen Tätigkeiten als Grundlage der Planung verfolgen.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Bern setzt sich die "2000-Watt-Gesellschaft" zum (mittelfristigen) Ziel; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis zum 28. Juni 2020 zu.

Bern, 21. Juni 2017

Der Gemeinderat